

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

45 (18.4.1923)



Ercheint  
Montag, Mittwoch und  
Freitag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. andere Auswärtige  
ohne Postgebühr  
monatlich 2700.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit 10-5 Uhr, Sonntags  
geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6993.

# Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite

Reklamen: Die 87 mm breite

Anzeigen mit Dekadrefre oder

Grundchrift in Anzeigen- und

Textteil in Petit.

Bei Wiederholungen tarifreter

Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-

halb 8 Tagen nach Rechnungs-

datum oder bei gerichtlicher Be-

treibung und bei Konkurs erlischt.

Platzverordnungen werden nicht an-

erkannt und für Aufnahmen an

bestimmten Tagen sowie für tele-

fonische Aufträge keine Gewähr

übernommen.

Anzeigenannahme bis 8 Uhr

vormittags; größere Anzeigen wollen

am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 45.

Mittwoch, den 18. April 1923.

84. Jahrgang

## Der Standpunkt der deutschen Regierung.

Deutschland gewillt, zu arbeiten, zu opfern und zu zahlen nach  
seinen Kräften.

Berlin, 16. April. Die heutige Reichstagsitzung wird um  
2.20 Uhr eröffnet. Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Cuno,  
Außenminister Dr. Rosenberg, Wirtschaftsminister Dr. Becker,  
Justizminister Dr. Heine. Die Tribünen sind stark besetzt. In  
der Diplomatenloge wohnen Vertreter fremder Staaten den Ver-  
handlungen bei. Ueber die politische Lage macht Reichsminister  
des Innern Dr. Rosenberg folgende Ausführungen:

Dem Wunsche, daß zwischen dem Parlament und dem Aus-  
wärtigen Amt ein Verhältnis rückhaltlosen Vertrauens herrschen  
müßte, kann ich aus ganzem Herzen zustimmen. Gerade in den  
Zeiten, wie wir sie heute erleben, kommt es uns vom Auswärtigen  
Amt klar zum Bewußtsein, daß wir ohne die erfolgreiche  
Zusammenarbeit mit den berufenen Vertretern des Volkes wenig  
ausrichten können. Der Ausgang des Weltkrieges, die Lasten,  
die uns aufgebürdet und die Fülle schwer lösbarer Probleme,  
vor die er uns stellt, drücken auf Deutschland mit einem Gewicht,  
dessen Schwere wir täglich als Staat, wie als Einzelnen empfinden.  
Mochten hier und da bescheidene Ansätze zur Ent-  
spannung wahrnehmbar gewesen sein, der Sorge um unser  
leidendes Volk; dem Wunsche nach endlicher Herstellung über-  
sehbarer normaler Verhältnisse wollte das Tempo der Ent-  
wicklung unerträglich langsam erscheinen. Wer die heimischen  
Dinge vom Auslande her und unter dem unmittelbaren Einbruch  
der fremden Umwelt, ihrer Anschauung und Urteile zu ver-  
folgen hatte, dem kamen die ungeheuren Schwierigkeiten auch  
des kleinsten Fortschrittes in unseren auswärtigen Beziehungen  
deutlich zum Bewußtsein und gleichzeitig damit die Fülle red-  
licher und entsagungsvoller Arbeit, die von meinen Vorgängern  
an diesem Plage zur Verbesserung unserer Stellung geleistet  
worden ist. Wer in dieser Arbeit steht,

der verliert schnell die Illusion,

daß wir viele Freunde in der Welt besäßen. (Sehr richtig!)  
Unter dem Beifall des Hauses dankt der Minister den wenigen  
Freunden, die Deutschland ihre Treue gehalten haben in einer  
Zeit, in der Mut dazu gehört. Mit dankbarer Freude sehen wir  
überall im Auslande die Teilnahme der dort heimisch ge-  
wordenen Deutschen sich regen. (Bravo!) Ihre Anhänglichkeit  
und tätige Hilfe zeugt von dem Glauben an eine Wiederauf-  
richtung Deutschlands, auch unter veränderter staatlicher Form.

Der Glaube an Deutschland gab uns die Kraft, waffenlos  
dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet Widerstand ent-  
gegenzusetzen. Ein starkes, mit allen Mitteln neuzeitlicher  
Kriegskunst ausgestattetes Heer kämpft gegen eine völlig ent-  
waffnete, nur mit der Macht einer Idee gerüstete Bevölkerung.  
(Sehr wahr!) Zahlreich sind die Opfer, aber hart und opfer-  
reich ist das Schicksal auch der Lebenden. Der Redner

gedenkt insbesondere der vertriebenen Eisenbahner.

Der Ausgang des ungleichen Kampfes werde von weltge-  
schichtlicher Tragweite sein. Er weist sich der Waffenlose als  
unüberwindlich, so sei der Beweis erbracht, daß die militärische  
Gewalt ihre Grenzen hat und daß der auf Not und Recht ge-  
stützte geschlossene Wille eines Volkes stärker ist als Tank und  
Maschinengewehr. (Lebhafter Beifall.)

Der Minister weist auf die Bestimmungen des Versailler  
Vertrages über die Entwaffnung hin und knüpft daran die  
Frage, ob es denkbar sei, daß dieser Vertrag dem einen Kontra-  
henten, der die stärkste Kriegsmacht der Welt aufgebaut hat,  
das Recht geben soll, mitten im Frieden in das Gebiet des  
tatsächlich entwaffneten anderen Kontrahenten einzubringen. Das  
würde bedeuten, daß zwar der Krieg auf der ganzen Linie  
verpönt, daß er aber in einem einzigen Fall statthaft ist, nämlich  
wenn es sich darum handelt, eine Schuld einzutreiben.

Unser eigenes Ziel

ist ein reines Verteidigungsziel und hat nichts aggressives.  
Kraft und Erfolg unserer Abwehr hängen davon ab, daß sie  
defensiv bleibt. (Sehr gut!) Darum unsere dauernde Mahnung  
zur Besonnenheit. Wir wollen zur Freiheit gelangen, die aller-  
dings schwer belastet sein wird mit Leistungen. Daß aber kein  
Viktat die Unerfüllbarkeit erzeigen kann, hat die Vergangenheit  
gelehrt. (Sehr richtig!)

Der Redner weist sodann auf den guten Willen Deutsch-  
lands hin, zu erfüllen. Er erinnerte an die Vorschläge, die der  
Reichskanzler dem englischen Ministerpräsidenten in einem  
Briefe für die Londoner Konferenz unterbreitete. Diese Vor-  
schläge sollten die Brücke zur endgültigen Lösung bilden; sie  
wurden abgelehnt.

Da Frankreich auch politische Sicherheiten verlangte, sagte  
unser Vorschlag, daß die am Rhein interessierten Staaten sich  
verpflichten sollten, für einen längeren Zeitraum ohne Volks-  
abstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen. Auch dieser  
wurde abgelehnt.

Der Redner kommt dann auf den Vorschlag zu sprechen,  
der der Pariser Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten an-  
fangs Januar vorgelegt werden sollte, unter dem Ansehen,  
diesen Plan durch einen Vertreter der Reichsregierung in Paris  
mündlich zu erläutern. Wir wurden keiner Antwort gewürdigt.

So sieht der böse Wille Deutschlands, so der gute Wille  
Frankreichs

aus. (Hört! Hört!) Es handelt sich um ein festes Angebot von  
20 Goldmilliarden zu 5 Prozent verzinsbar und nach Möglich-  
keit auf dem Wege einer internationalen Anleihe aufzubringen.  
Diese 20 Goldmilliarden sollten sich nach 4 und 8 Jahren auf

zusammen 30 Goldmilliarden erhöhen, wenn das internationale  
Anleihekonsortium die Leistungsfähigkeit Deutschlands als ge-  
geben erachte. In den Vorschlägen, die Staatssekretär Bergmann  
mit nach Paris gegeben worden sind, heißt es u. a.:

Die deutsche Regierung wird dem Anleihekonsortium  
jede vernünftige Sicherheit

einräumen. Alle wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands sind ent-  
schlossen, die Regierung zu unterstützen. Die Reichsregierung  
wird diejenigen gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen veran-  
lassen, die zur Heranziehung aller schaffenden Kräfte und Er-  
werbsstände des deutschen Volkes notwendig sind. Es wird  
nichts unterlassen werden, um der Mark wieder einen festen  
Wert zu geben. Deutschland muß aber von den jetzt auf ihm  
lastenden unproduktiven Ausgaben und von den wirtschaftlichen  
und politischen Fesseln befreit werden. Die Besetzung von  
Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort muß aufgehoben und die  
Besetzung der übrigen westlichen Gebiete muß abgebaut werden.  
Die deutsche Regierung ist bereit, ihre Vorschläge vor der  
Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten oder einer anderen  
Instanz zu begründen sowie alles notwendige Material zur Ver-  
fügung zu stellen. Das für Paris geplante Angebot war das,  
was im besten Fall bei äußerster Kraftanstrengung zu  
leisten war.

Inzwischen hat der Einbruch in das Ruhrgebiet stattgefunden.  
Die besten Kraftzentren der deutschen Wirtschaft sind lahm-  
gelegt, große Werte sind vernichtet. Unsere gesamte Finanz-  
und Wirtschaftsverhältnisse sind in Verwirrung gebracht. Unsere  
Verkehrseinrichtungen sind in heilloser Verwirrung geraten.  
Deutschlands Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Reparationen  
ist dadurch verringert worden. Trotzdem wird die Lösung, die  
eines Tages kommen wird, von dem in Paris so stiefmütterlich  
behandelnden deutschen Projekte ihren Ausgang nehmen müssen.  
Deutschland ist bereit, zur Erfüllung seiner Reparationspolitik

zu arbeiten, zu opfern und zu zahlen, was immer in  
seiner Kraft liegt.

Dies ist der Inhalt, aber auch die Grenze seiner Leistungen;  
sie werden erfüllt werden.

Gestritten wird um die Frage,  
welche Beträge

Deutschland leisten kann. Nachdem der Wirtschaftskrieg gegen  
Deutschland noch nicht zum Stillstand gekommen ist, ist es un-  
möglich, die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzulegen oder  
abzuschätzen und bestimmte Beträge zu nennen. Wer vermöge  
sich ein Bild davon zu machen, welches wirtschaftliche Trümmer-  
feld Deutschland bieten wird, wenn das französische Abenteuer  
eines Tages seinen Abschluß gefunden hat. Wie können von der  
deutschen Regierung Zahlen genannt werden, bevor wir wissen,  
wann u. in welcher Form die elementarsten Voraussetzungen für  
eine solche Arbeitsleistungsfähigkeit durch Räumung des wider-  
rechtlich besetzten Gebietes, Abbau der Besetzung der Rheinlande,  
endgültiger Verzicht auf jede Sanktions- und Länderpolitik  
und Gewährung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung erfüllt  
wird. Wenn aber konkrete Zahlen jetzt nicht genannt werden  
können, so will und kann sich die Reichsregierung bei diesem  
negativen Ergebnisse nicht beruhigen. Sie hat daher auch andere  
Wege gesucht, um der täglich sich verschärfenden Spannung  
und wirtschaftlichen Verwirrung, unter der Europa leidet, ein  
Ende zu bereiten und die Reparationsfrage aus dem Sumpfe  
herauszuholen.

Der Minister erinnerte an den Vorschlag, die Lösung des  
Problems einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen  
internationalen Kommission

von höchsten Finanzautoritäten zu übertragen. Die Reichs-  
regierung halte diesen Weg für gangbar und habe die an dem  
Ruhrkonflikt beteiligten Mächte davon in Kenntnis gesetzt. Nach  
Ansieht der Regierung sollte diese internationale Kommission  
von Geschäftsleuten, an der Deutschland und Frankreich mit  
voller Gleichberechtigung teilnehmen, möglichst bald zusamen-  
treten und folgende Fragen beantworten:

1. Was hat Deutschland bisher geleistet?
2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch  
leisten und
3. Auf welchem Wege können diese Leistungen bewerk-  
stelligt werden?

Wird dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre  
die Regierung bereit, an die internationale Kapitalwelt wegen  
der Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten,  
die von Deutschland mit jeder Sicherheit ausgestattet und an  
Frankreich oder die übrigen Alliierten als sofortiger Vorstoß  
zu behändigen sein würde. Die Regierung würde dafür sorgen,  
daß die deutschen Industrie- und Wirtschaftskreise ihre Kraft  
in den Dienst der so auf erfüllbar zurückgeführten deutschen  
Reparationspflicht stellen.

Der Minister erinnerte daran, daß die fremden Mächte  
auf die Gefahr eines Ausbruchs der Volksleidenschaften im  
Westen aufmerksam gemacht worden sind, sowie auf die Un-  
möglichkeit einer einseitigen Niederlegung unserer einzigen Waf-  
fe: des passiven Widerstandes, und daß Deutschland

Sicherheiten dafür haben müßte, daß die über den Vertrag  
von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt werden. Zu  
einem praktischen Ergebnis hat unsere Mitteilung an die  
fremden Regierungen nicht geführt.

Der Minister weist dann auf die auf amerikanische Anregung  
hin gefaßte Entschlieung der internationalen Handelskammern

in Rom, die sich mit dem von uns angenommenen amerikanischen  
Vorschlag vielfach berührte. Es sei ein Vorteil des von Amerika  
gewiesenen Weges, daß er die Zahl nicht an den Anfang, son-  
dern an das Ende setzen will.

Im Sommer 1919 boten wir 100 Goldmilliarden an.  
Der französische Finanzminister verlangte aber 375 Mil-  
liarden Goldmark.

Als man zwei Jahre später noch 132 Goldmilliarden for-  
derte, war die deutsche Wirtschaft schon so geschwächt, daß wir  
mit gutem Gewissen nur noch 50 Goldmilliarden bieten konnten.  
Zwei weitere Jahre später machte man in London diese 50  
Goldmilliarden zur Grundlage der Erörterung, aber die Ent-  
wicklung war weitergegangen und was 1921 möglich war,  
konnte 1923 in Paris nicht mehr zugrunde gelegt werden.

Bei der Vorbefprechung zum Vertrag von Versailles for-  
derten die Franzosen eine absolute Kontrolle der Kruppischen  
Fabriken, der rheinisch-westfälischen Kohlengruben und der Me-  
tallindustrie durch eine militärische Besetzung in Essen. (Lebhafter  
Hört! Hört!) Diese Vorschläge bezeichnete Präsident Wilson  
in seinen Memoiren als ein Programm der Panik, sie wurden  
zum Scheitern gebracht, leben aber fort, und dieser Sicherheits-  
gedanke trieb Frankreich in ein heillofes Dilemma, in dessen  
Klauen es sich jetzt befindet. „Denn wie sollte Deutschland“,  
so fragen die Memoiren, „nachdem es wirtschaftlich lahmgelagert  
ist, die ungeheuren Reparationen zahlen.“ (Sehr richtig!)

Der Minister bespricht nunmehr die in der Presse ver-  
öffentlichten neuen französischen Pläne. Die Entprekung und  
weitere Schmälerung unserer Hoheitsrechte seien undiskutier-  
bar. Die Sicherheit Frankreichs könne nur durch einen Burg-  
frieden im Rheinland erfolgen, wie wir ihn vorgeschlagen haben.  
Zu solchen Sicherungen ist die deutsche Regierung bereit, wenn  
sie auf Gegenseitigkeit beruhend und unsere Souveränität unan-  
getastet bleibt. Wer etwas darüber hinaus verlangt, verfolgt  
andere Pläne. (Zustimmung.) Es ist verführend, daß der Ein-  
brecher nach dem Schutz gegen den Ueberfallenen ruft. (Lebhafter  
Zustimmung), und verführend ist es, daß dieser Ruf Wieder-  
hall findet. Der Minister stellt fest, daß zwischen ihm und  
dem Reichskanzler niemals der Schatten eines Gegenjahres  
bestanden habe, auch nicht in der Frage der Wiedergutmachung  
der Ruhrschäden.

In Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler kann ich hier  
erklären, daß eine Lösung, die das Ruhrgebiet und andere  
rechtswidrige besetzten Gebiete vom Staate löst, die sich mit  
der Entrectung der Rheinlande abfinden, sowie die Rückkehr  
unserer ausgewiesenen und verhafteten Volksgenossen in Heimat  
und Freiheit und eine Schadloshaltung nicht bringen würde,  
für die Regierung unannehmbar ist. (Beifall.) Ebenso unan-  
nehmbar für uns ist das in Dünkirchen erneut verkündete System  
der stufenweisen Räumung des Ruhrgebietes. Damit würden  
wir unsere Volksgenossen der dauernden Verhaftung aus-  
liefern. Das wollen wir nicht. Wir wollen unseren braven  
Volksgenossen Treue um Treue halten.

Der französische Ministerpräsident Poincare hat in seiner  
jüngsten Dünkirchener Rede wiederum starr an seinen alten  
Argumenten festgehalten, seine Rede läßt keine günstigen Aus-  
sichten aufkommen. Er hat über die Schutzpolizei gesprochen,  
die doch eine von den Alliierten gebilligte Einrichtung ist,  
die mit militärischer Organisation nicht das Geringste zu tun  
hat.

Diese Rede Poincares ist die reine Propaganda der Gemalt.

Er hat damit dem Verständigungsgedanken einen schlechten  
Dienst erwiesen. Die Gewißheit, daß die Geschichte über ihn  
und sein Ministerium hinwegschreiten wird, gibt mir den Mut,  
zu erklären: Ein Verhängnis ist, daß seit Jahrhunderten  
Deutschland und Frankreich nie zu einer Verständigung ge-  
langen konnten. Das richtig bestandene Interesse auch des  
Siegens verweist beide Völker auf den Weg der Verständigung.  
Wenn Frankreich sich zu diesem Wege entschließt, dann  
könnte sich vielleicht der Traum vieler guter Europäer erfüllen,  
die von der Wirtschaft beider Völker einen Aufschwung für  
die ganze Welt erhoffen. Bis dahin müssen wir

weiter die Zähne zusammenbeißen

und den Widerstand fortsetzen.

Die Reichsregierung wird sich nicht dazu hergeben, die  
Zukunft zu opfern in der Erkenntnis, daß es sich am Rhein und  
Ruhr um unsere Zukunft handelt und um die Zukunft unserer  
Kinder und Kindeskinde. Das ist es, was uns, der heute le-  
benden Generation, die Pflicht auferlegt, die Probe zu be-  
stehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Reichsaussenminister, dessen Rede mit einem in die-  
sem Hause ungewöhnlichen Beifall aufgenommen wurde, dürfte  
den Kern der politischen Lage erfaßt haben, indem er neben der  
Erörterung des Reparationsproblems einen breiteren Raum in  
seiner Rede der Sicherungsforderung Frankreichs gab. Noch  
nie ist von so berufener Stelle das Verhältnis Frankreichs zu  
Deutschland in dieser Beziehung so klar formuliert worden,  
wie in der sarkastischen Bemerkung Rosenbergs, der Ein-  
brecher erbte immer Schutz gegen den Ueberfallenen. Klar, wie  
aus der ganzen Entwicklung der französischen Politik in den  
letzten vier Jahren, geht es aus der Dünkirchener Rede Poin-  
cares hervor, daß es Frankreich nicht um Durchsetzung der  
wirtschaftlichen Reparationsforderungen, sondern um politische  
Ziele, um die Losreißung der Rheinlande geht. Die logische  
Unansehbarkeit, mit der Rosenberg die Ziele der französischen  
Politik enthüllte, ist das wertvollste an seiner heutigen Rede,  
die in Frankreich Ausbrüche der Wut hervorgerufen, und in der  
übrigen Welt aber zur Klärung der Lage und zur Ent-  
schleierung der französischen Politik beitragen wird.



Die französische Presse zu Rosenbergs Rede.

Die gestrige Rede des deutschen Außenministers v. Rosenbergs wird von der überwiegenden Mehrheit der Pariser Presse, wie vorauszu sehen war, abgelehnt. Nur wenige Blätter werden dem sachlichen Teil der Rede gerecht. Aber auch sie begehen, wie das „Deuore“, einen großen Irrtum. Sie sprechen davon v. Rosenbergs biete heute 80 Milliarden Gold an. Das ist bekanntlich falsch. v. Rosenbergs hat im Gegenteil auseinandergesetzt, daß Deutschland heute nach dem Ruhrereinfall die 30 Milliarden nicht mehr anbieten könne, die es vor dem Ruhrereinfall angeboten habe. Am Quai d'Orsay wurde gestern abend dazu bemerkt: In französischen Regierungskreisen habe man angenommen, daß der Reichsminister des Außen ein gewisses Entgegenkommen zeigen werde. Die Rede sei auch weniger scharf, als frühere Reden Rosenbergs, aber die Möglichkeit einer praktischen Lösung sei dadurch nicht gegeben. In Pariser amtlichen Kreisen werde übrigens im allgemeinen den deutschen Ministerien keine sehr große Bedeutung beigemessen, weil es zu oft vorkomme, daß die Erwartungen, die an solche Reden geknüpft werden, nicht erfüllt worden seien. Nach der hier vorherrschenden Auffassung komme es nun auf die Handlungen der deutschen Regierung an.

Englische Kritik.

Zu der Rede des Außenministers v. Rosenbergs bringt der „Daily Telegraph“ eine wahrscheinlich halbamtliche Notiz, die folgenden Inhalt hat: „Das neue deutsche Angebot stellt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den früheren deutschen Vorschlägen dar, ist aber nicht ausreichend, um Frankreich zu befriedigen oder es den anderen alliierten Regierungen zu ermöglichen, sein Angebot zu unterstützen. Es ist sehr bedauerlich, daß politische Quertreibereien den Reichskanzler Cuno und seine Regierung daran gehindert haben, eine Ziffer von etwa 40 Milliarden Goldmark zu nennen, die als Verhandlungsbasis nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen worden wäre. Dieser Eindruck, den man in London bezüglich der Verhandlungsbasis hatte, war der Inhalt des Rats, den man von London aus in Berlin erteilen ließ, anscheinend aber mit geringer Wirkung.“ Die franzosenfreundliche „Morningpost“ bemerkt, der deutsche Außenminister bringe keine Garantien, die Frankreich veranlassen könnten, sich aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Der Berichterstatter der „Times“ in Berlin schreibt, die Rosenbergsrede bringe die Dinge keinen Zoll breit vorwärts.

Die französischen Absichten.

Paris, 17. April. Zu der Rede des deutschen Außenministers erfährt der New York Herald: Frankreich wird nicht weniger als eine Reparationssumme von 40 Milliarden Goldmark annehmen. Sobald die französisch-belgischen Reparationspläne ausgearbeitet sind, sollen sie der englischen und amerikanischen Regierung zur Begutachtung vorgelegt werden, aber erst dann, wenn Deutschland endgültig kapituliert hat. Die französischen Sachverständigen bestreiten, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch die Ruhrbesetzung vermindert worden sei. Von den 40 Milliarden Goldmark müßte Frankreich als Minimum 26 Milliarden erhalten. Die Anregung des Herrn von Rosenbergs, daß eine internationale Sachverständigenkommission Deutschlands Zahlungsfähigkeit feststellen solle, wird von Frankreich und Belgien abgelehnt. Ein Vertreter der Reparationskommission erklärte dem New York Herald, eine internationale Sachverständigenkommission könne nur die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands festlegen, aber nicht bestimmen, was Deutschland in etwa 15 Jahren zahlen kann. Barthou und Maucere würden sich bei den bevorstehenden Beratungen für 40 Milliarden Goldmark aussprechen. Zwischen den französischen und dem belgischen Kabinett beständen Meinungsverschiedenheiten über die Rolle, die der Völkerbund in einem entmilitarisierten oder autonom erklärten Rheinland spielen solle. Die Franzosen wollten vom Völkerbund nichts wissen und auch der französische Delegierte auf der letzten Völkerbundstagung Senator Henri de Jouvenel sei heute kein begeisterter Anhänger des Völkerbundes mehr.

Belgien und die Ruhrpolitik.

Eine Rede des belgischen Ministerpräsidenten. Paris, 16. April. Wie Havas aus Brüssel berichtet, hat der belgische Ministerpräsident Theunis heute mittag vor ausländischen Journalisten eine Rede gehalten, in der er sich mit der Ruhrpolitik beschäftigte. Im großen und ganzen deckten sich seine Ausführungen mit der gestrigen Erklärung Poincares in Dänkirchen. Deutschland sei in seinem Wirtschaftsleben auf

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

11) Nachdruck verboten. „Großer Gott,“ murmelte er, „erbarme Dich, laß mich nicht eher sterben, als bis ich meine Saumseligkeit nachgeholt, bis ich die Zukunft meines Kindes sichergestellt habe.“ So fand ihn Hubert, der erschreckt ein Glas mit Wein füllte und es Herrn Harnisch reichte, der es in einem Zuge leerte. „Das hat gut getan. Und nun fasse Mut, mein lieber Hubert! Was ich Dir zu sagen habe, ist ungewöhnlicher Art und wird Dich hart treffen. Aber ich bin Dir Wahrheit schuldig und nicht länger soll sie Dir vorenthalten bleiben.“ Weber Harnisch noch Hubert ahnten, daß diese Szene einen Zeugen hatte, welcher sich hinter einer Portiere verbarg. Franz hatte am Morgen Huberts Bersörtheit bemerkt und dann beobachtet, daß auch sein Oheim traurig und schmerz bewegt dreinschaute. Seine Neugierde war geweckt. Er arbeitete nur scheinbar. In Wirklichkeit lauerte er auf jedes Geräusch im Privatkontor. Dann schlich er von seinem Platz und machte sich in der Nähe des ersten Prokuristen zu schaffen. Er hatte sich in seiner Voraussehung nicht getäuscht. Herr Harnisch kam und sagte seinem Prokuristen, daß er ihn für heute vertreten müsse. Er fühle sich nicht wohl und wolle sich einen freien Tag gönnen. Die Herren begaben sich noch einmal nach dem Privatkontor zu einer kurzen Besprechung. Diese Gelegenheit benutzte Franz. Er sagte seinem Kollegen, daß er einen Geschäftsweg machen müsse, nahm Hut und Paletot und eilte davon. Man war es gewohnt, daß der Nefse des Chefs sich derartige Eigenmächtigkeiten erlaube. Mißbilligende Blicke folgten seiner schlanken Gestalt, doch wagte keiner eine abfällige Bemerkung zu machen, oder gar ihn am Fortgehen zu hindern. Franz hastete mit langen Schritten vorwärts. Erst als er in die Nähe der Villa Harnisch gelangte, ging er langsamer.

das Tiefste getroffen, aber man müsse auch darauf sehen, daß die Ruhrbesetzung den belgischen Handel und seine Industrie nicht beeinträchtige. Deutschland müsse anerkennen, daß es das ungeheure Spiel des finanziellen und Währungsbankrotts verloren (!!) habe und Angebote machen müsse. Geschehe das, dürfe man versichert sein, daß die Besatzungsmächte müßten, was sie zu antworten hätten. Aber Deutschlands Vorschläge müßten auch in dem Entschluß gemacht werden, zu reparieren, der bis jetzt Deutschland stets gefehlt habe. (?)

Der Weg zum „wahren Frieden“.

Aus dem Programm der Gruppe Briand.

Paris, 15. April. Der dem Elysee nahestehende ehemalige Finanzminister Francois Marjal hat heute in Lyon auf dem Kongreß der republikanischen Vereinigung eine Rede gehalten, in der er sich mit dem Reparationsproblem beschäftigte und u. a. sagte: „Territoriale, wirtschaftliche und finanzielle Garantien müssen bis zur vollkommenen Erfüllung der Reparationsverpflichtungen als materielle Pfänder in unseren Händen sein. Eine interalliierte Kontrolle über die Gebiete der Rheinebene muß uns gestatten, jeden deutschen Einfall zu verhindern, solange Preußen über dieses Gebiet politisch herrscht. Auch die preussischen Ambitionen auf das Saargebiet müssen endgültig beseitigt werden. Wirtschaftliche Abkommen müssen für die Zukunft das industrielle Gleichgewicht dieser Gegenden sichern. Der für die Fabriken Lothringens, Belgiens, Luxemburgs und des Saargebiets notwendige Koks muß diesen Gebieten gesichert werden. Dafür muß das lothringische Eisenwerk von den Fabriken Westfalens aufgenommen werden, die übrigens auch für ihre Konstruktionsanlagen halb fertige lothringische Produkte erhalten können. Weitere Abkommen, hauptsächlich betreffend Düngemittel, Farben und Textilien, müssen auf einer politischen Basis ein wirtschaftliches Gleichgewicht herbeiführen, das uns endlich zum wahren Frieden führt. So wird die Besetzung des Ruhrgebiets noch mehr in politischer und wirt-

Wer die Kämpfer an Rhein und Ruhr im Stich läßt, Der verrät das Vaterland! Darum gib!

Der Landbote nimmt Gaben entgegen in seiner Geschäftsstelle und auf Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 6903.

Unsere Sammlung ergab bis jetzt 3 163 268 Mark.

Für das Ruhrgebiet sind weiter eingegangen von: Z. Sinsheim M. 5000, Finanzrat Bentz 2. Rate 20 000.

schaftlicher Hinsicht als in militärischer, wenn sie mit Kraft und Beharrlichkeit nach einem praktischen, klar aufgestellten Programm durchgeführt wird, Belgien und Frankreich endlich den Frieden, die Wiederherstellung und das Glück bringen, das sie erstreben.“

Bersärfung der Lage.

Fortsetzung des Abwehrkampfes.

Essen, 16. April. Aus gutunterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird mitgeteilt: Nach hier vorliegenden Nachrichten über die Pariser Konferenz ist mit einer weiteren Bersärfung der Lage im Ruhrgebiet zu rechnen. Der steigende Druck der Besatzungsmächte machte sich bereits in der vergangenen Woche in verschiedenen Maßnahmen und Verordnungen der Besatzungsmächte bemerkbar. Seit heute Morgen wird in verschärfter Weise die Verordnung des Generals Degoutte über die Kontrolle der Kohlenfahrzeuge durchgeführt. Auch die übrigen Verordnungen, die geeignet sind, die allgemeine Verkehrsfrage im Ruhrgebiet zu erschweren, werden durchgeführt. Dazu kommt, daß die Besetzung der Zechen weitere Ausdehnung erfahren hat. Auch für diese Woche muß noch mit neuen

Er besah einen Schlüssel zur Pforte, und es lag ihm daran, unbemerkt in die Villa hineinzugelangen.

Er hatte es günstig getroffen. Die Diensthofen waren beim Frühstück.

Niemand sah ihn. Frau von Herbst war auf der Veranda mit dem Ordnen von Blumen beschäftigt. Dorthin kam Franz nicht.

Er schlich auf gut Glück in seines Oheims Arbeitsstube und verbarg sich dort hinter einem Vorhang, der, zum Teil gerast, eine wirkungsvolle Draperie für eine Nische bildete, wo auf schwarzer Marmorsäule eine Apollobüste in herrlichem weißen Marmor prangte.

Auf diesem Platz horchte und spionierte er heute nicht zum erstenmale.

Was er erlauscht, waren immer nur belanglose Dinge gewesen. Aber es befriedigte ihn, in diesem oder jenem besser unterrichtet zu sein, als die Kollegen im Konjor. Er prahlte auch wohl gelegentlich vor den anderen Angestellten im Bureau damit.

Nur ein ganz besonderer Zufall hätte seine Entdeckung herbeiführen können. Aber er fürchtete dergleichen nicht.

Er wartete. Die Zeit wurde ihm nicht lang. Sein Spürsinn witterte besondere Vorkommnisse, und seine Phantasie malte ihm allerhand Möglichkeiten vor.

Er trug leichte Segeltuchschuhe, die ihn durch Knarren nicht verraten konnten.

Ehe er sich dessen verah, betrat sein Oheim das Zimmer. Franz konnte ihn von seinem Bersted, das in der Tiefe des Raumes im Schatten lag, beobachten.

Herr Harnisch feuerte gequält und sah zum Entsetzen angegriffen und leidvoll aus.

Schmer ließ er sich vor seinem Arbeitstisch nieder, stützte den Kopf in die Hände und verharrte so minutenlang, still und unbeweglich.

Dann erhob sich Herr Harnisch und durchmaß das Zimmer mit gleichmäßigen Schritten, unablässig, rubellos.

Franz gewahrte, wie es arbeitete in dem schmalen, vornem geschnittenen Gesicht. Ungewöhnliches mußte hinter der faltenreichen Stirn vorgehen.

Zechenbesetzungen gerechnet werden. Welche Maßnahmen zur Durchführung gelangen, bleibt abzuwarten. Ungeachtet der neuen Ersparungen, die ohne Zweifel eine sinnlose Behinderung des Wirtschaftslebens darstellen, und ungeachtet auch aller Maßnahmen gegen Einzelpersonen, besteht sowohl in Arbeitnehmer- als auch in Arbeitgeberkreisen des Ruhrgebiets der feste Wille, unverändert den Abwehrkampf in ruhiger, besonnener und entschlossener Weise wie bisher fortzusetzen. Es besteht die feste Gewißheit, daß auch die neuen Maßnahmen nicht dazu führen werden, die Besetzung des Ruhrgebiets für die Besatzungsmächte produktiv zu gestalten. Eine Reihe wirksamer Abwehrmittel ist angewandt worden und weitere Abwehrmittel im System einer praktischen Abwehr stehen zur Verfügung und werden sich auch an dem stärkeren Druck, wie er zu erwarten ist, als wirksam erweisen.

Die Einschränkung der Koksabfuhr von England nach Frankreich.

Paris, 16. April. Die Meldung des „Journee Industrielle“, daß der englische Botschafter der französischen Regierung die bevorstehende Einschränkung der Koksabfuhr von England nach Frankreich angekündigt hat, ist gestern an amtlicher französischer Stelle bestätigt worden. Der englische Botschafter hat allerdings keinen besonderen Schritt zu diesem Zwecke unternommen und hat im Laufe einer verschiedenen Fragen der betreffenden Unterhaltung mit Poincare u. a. betont, daß die englische Industrie die Folgen der erhöhten Koksabfuhr unangenehm empfindet und deshalb mit der Einschränkung der Abfuhr von englischem Koks gerechnet werden muß.

Ein neuer Gewaltakt.

Berlin, 17. April. Der Präsident der interalliierten Rheinlandkommission hat heute den deutschen Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete Fürst Hagfeld-Wilburg durch eine Note verständigt, daß die Aufrechterhaltung eines rheinischen Kommissariats für die besetzten Gebiete die Autorität der interalliierten Rheinlandkommission und die Ausführung ihrer Verordnungen beeinträchtigt und daß daher die Mission des deutschen Reichskommissars als beendet betrachtet werden müsse. Fürst Hagfeld hat gegen die Aufhebung des Reichskommissariats sofort Einspruch erhoben mit dem Hinweis darauf, daß das Agreement zu seiner Ernennung nicht von der interalliierten Rheinlandkommission, sondern von der Botschafterkonferenz erteilt worden sei. Fürst Hagfeld verläßt einseitig den Gewalt weichen mit seinem gesamten Beamtenstab das besetzte Gebiet. Durch die Aufhebung des Reichskommissariats würde der rheinischen Bevölkerung die Möglichkeit genommen, Beschwerden über Uebergriffe der Besatzungsbehörden durch den beglaubigten Vertreter der deutschen Regierung bei der Rheinlandkommission vorzubringen.

Neuer Protest gegen die Ausweisungen.

Berlin, 17. April. Die Reichsregierung hat den Regierungen in Paris, London und Brüssel im Anschluß an die bereits früher den dortigen Regierungen mitgeteilten Namen von Beamten, die mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, in einer Note eine weitere Liste von zahlreichen Ausweisungsfällen überreichen lassen, die von der interalliierten Rheinlandkommission angeordnet worden sind. Die neue Liste umfaßt 833 Personen. Die deutsche Regierung legt auch gegen diese Massenausweisungen von Beamten durch die interalliierte Rheinlandkommission Verwahrung ein.

170 von 206 Bahnhöfen besetzt.

Berlin, 17. April. Ueber die Verkehrslage im Ruhrgebiet berichten die Blätter, daß von den 206 Bahnhöfen des Ruhrreviers 170 von den Einbruchstruppen besetzt sind. Auf 60 dieser besetzten Bahnhöfe ruht der deutsche Betrieb vollständig.

Wie sie haufen.

Kriegsgerichtsurteile.

Köln, 16. April. Das belgische Kriegsgericht in Arefeld hat wieder gewürdet. Die Zollbeamten Barth, Knoche, Bethge, Jacobs, Plinzenberg und Verhaag waren angeklagt, entgegen den Vorschriften der interalliierten Kommission ihren Dienst fortgesetzt zu haben. Bethge war außerdem der Nichtablieferung von Waffen beschuldigt. Das Urteil lautete gegen Barth und Knoche auf je vier Monate Gefängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe, gegen Bethge auf 3 Monate Gefängnis und eine Million Mark Geldstrafe, sowie für Waffenträger auf 15 Tage Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe, gegen Jacobs, Plinzenberg und Verhaag auf je zwei Monate Gefängnis und 100 000 Mk. Geldstrafe, weil sie als Vorgesetzte ihre Untergebenen zur Fortführung des Dienstes veranlaßt hätten. Chefredakteur Nikola Müller von der „Westdeutschen Landeszeitung“ in München-Gladbach erhielt 100 000 Mark Geld-

Was mochte den Oheim bewegen, dessen gültige Züge sonst stets das Gleichmaß einer überlegenen Ruhe bewahrten?

Franz zerbrach sich vergeblich den Kopf, um eine Erklärung dafür zu finden.

Endlich verließ Herr Harnisch sein Zimmer, und ein paar Minuten später hörte man ihn im Garten Hubert Wengdorf rufen.

Franz spitzte die Ohren. Der Kaufherr redete den Sohn des Geschäftsfreundes ja oft beim Vornamen an. Heute aber lag noch ein so eigener vertraulicher Ton in seiner Stimme!

Franz bewegte sich ein wenig in seinem Bersted. Das Stehen bereitete ihm keine Ermüdung. Die Erkenntnis, daß er hier gerade zur rechten Zeit postiert hatte, erfüllte ihn mit großer Befriedigung. Jedemfalls sollte eine wichtige Unterredung zwischen dem Oheim und Wengdorf stattfinden. Da war er doch sehr gespannt, was die sich alles zu sagen hatten.

Seine Voraussetzungen bestätigten sich. Der Kaufherr kam wieder herein, und kurze Zeit darauf betrat Hubert Wengdorf das Zimmer.

6. Kapitel.

In schweigender Bewegung reichten sich beide Männer die Hände. Hubert schüttelte besorgt den Kopf.

„Wäre es nicht besser, lieber Papa, wenn diese Unterredung unterbliebe? Du müßtest Dir entscheiden zu viel zu. Du bist krank, und das Sprechen, sowie die damit verknüpfte Erregung wird Dir ernstlich schaden! Was zu sagen ist, kann alles später, zu geeigneter Zeit gesprochen werden.“

„Schnell tritt der Tod den Menschen an,“ widersprach Herr Harnisch, „ich habe schon viel zu lange mit meinen Erklärungen gewartet. Es ist die allerhöchste Zeit, daß ich spreche, denn noch bin ich ja da, um im schlimmsten Falle mein Kind zu trösten und über eine Herzenskrise hinwegzuhelfen.“

„Ach lieber, einziger Papa —“

„Du wirst mich sogleich verstehen und auch begreifen, warum Dein Vater Deine Verlobung nicht gutheißt...“

Er machte eine Pause. Was jetzt gesagt werden mußte, das wurde ihm verzweifelt schwer. Es bildete gemüßtermaßen den Schlußstrich zu einem Kapitel seines Lebens, das nur von Frohsinn und herzlichem Familienglück erzählt.



strafe wegen der Veröffentlichung des Wortlauts der Einspruchnote der deutschen Reichsregierung vom 11. Februar 1923 gegen die Verordnung Nr. 140 der Interalliierten Rheinlandkommission. Der Verleger und Redakteur der „Bochum-Grevenbroicher Zeitung“ in Grevenbroich erhielt 15 Tage Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe wegen der Veröffentlichung von Artikeln zur Ruhrfrage, die der „Köln. Ztg.“ entnommen waren. Scharfe Wendungen darin sollen gegen die Würde der Besatzungstruppen verstoßen haben. Der Betriebsleiter Bohmann von der Clever Straßenbahn war wegen beleidigenden Verhaltens angeklagt. Er hatte den Befehl gegeben, die verhafteten deutschen Zollbeamten nicht mit der Straßenbahn zu befördern. Bohmann, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, erhielt drei Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe. Mit ihm angeklagt war der Straßenbahnwagenführer Simon van Baak aus Byler bei Cleve, der den Transport mit den betreffenden Zollbeamten nicht mitgenommen hatte. Er erhielt zwei Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe.

**20 Jahre Zwangsarbeit.**

Köln, 16. April. Wie die „Köln. Ztg.“ aus Düsseldorf berichtet, verhandelte das Düsseldorf-Revisionsgericht gegen den Eisenbahnbeamten Gottfried aus Ludwigshafen, der von dem französischen Kriegsgericht in Landau zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, weil er den Befehl über die Führung eines französischen Zuges nicht weiter gegeben hatte, und dadurch den Zug in Gefahr gebracht haben soll. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde verworfen. Der Eisenbahnbeamte Lehner aus Ludwigshafen war vom Kriegsgericht in Landau zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden wegen angeblicher Lokomotiven- und Transportgefährdung. Das Revisionsgericht hat das Urteil, soweit die Strafmaßnahme in Frage kommt, aufgehoben und die Verweisung der Sache an ein anderes Kriegsgericht beschlossen.

**Das Verfahren gegen die Krupp-Direktoren.**

Essen, 16. April. Aus französischer Quelle verlautet, daß die Verhandlung gegen die vier verhafteten Krupp-Direktoren in der nächsten Woche stattfinden soll. Den Verteidigern ist bisher kein Einblick in das Anklagematerial gewährt worden.

**Rücktritt der österreichischen Regierung.**

Wien, 16. April. Die Regierung Seipel hat heute ihre Demission gegeben. Dem Rücktritt kommt nur rein formelle Bedeutung zu. Er ist die Folge der aus Ersparungsgründen vom Nationalrat beschlossenen Zusammenlegung verschiedener Ministerien. Die Minister für Inneres (der Großdeutsche Waber) und für Verkehrswesen (der Christlichsoziale Odehnal) scheiden vollständig aus. Mit Ausnahme des Handelsministers Kraft, dessen Stellung seit langem als erschüttert gilt, dürften morgen alle übrigen Mitglieder der Regierung wieder gewählt werden.

**Die Rechtmäßigkeit des U-Boot-Krieges.**

**Das Urteil des Admirals Sims.**

New York, 16. April. Nach einer Meldung der „New York Tribune“ aus Newport erklärte der frühere Admiral Sims einem Berichterstatter dieses Blattes: Wenn die Dinge umgekehrt gelegen hätten, d. h. wenn die Vereinigten Staaten an Deutschlands Stelle gewesen wären und wenn sie geglaubt hätten, daß der Verlust des Krieges die Beherrschung ihres Landes durch Deutschland bedeute, so hätten die Vereinigten Staaten ebenfalls Schiffe ohne Warnung versenkt, wie Deutschland es getan habe. Die sich wiederholenden Berichte der Presse über schreckliche Grausamkeiten seien nichts anderes als Ausflüsse der Propaganda. Sims führt fort: Deutschland hätte den Krieg gewinnen können, wenn es den Preis seines Sieges hätte bezahlen wollen und alle Menschen auf den Booten umgebracht und die Matrosen auf den Handelsschiffen niedergemetzelt hätte. Leute, die wir nicht hätten erlegen können. Hätte aber die deutsche Regierung den Befehl gegeben, alle Menschen auf den torpedierten Handelsschiffen niederzumachen, so würde jedermann in der Welt zweifellos sagd auf Deutsche, wo sie nur angetroffen worden wären, für offen erklärt haben. Ich habe niemals geglaubt, daß Deutschland irgendwie eine Vorstellung davon gehabt hat, daß die Torpedierung der „Lusitania“ einen solchen Verlust an Menschenleben verursacht haben würde.

**Ein Geheimbericht Variacs über das Saargebiet.**

Der „Rheinische Beobachter“, der sich als Vorkämpfer des Deutschtums in den besetzten Gebieten schon manches bleibende Verdienst erworben hat, ist wieder einmal in der Lage, in die Geheimnisse französischer Machenschaften hineinzuleuchten, indem er erneut einen Geheimbericht Herrn Variacs veröffentlicht.

Es handelt sich um das Saargebiet, oder wie der Bericht lautet um die „Gefährdung der französischen Ansprüche für das Saargebiet“ wobei schon bezeichnend ist, daß französische Ansprüche, d. h. Rechte auf das Saarland ohne weiteres unterstellt werden, obwohl in dem Bericht selbst ausgesprochen wird, daß im Saargebiet eine deutsch sprechende Bevölkerung wohnt, die dort einheimisch seit Jahrhunderten sitzt und die durchgehend mit anderen Elementen preußischen Ursprungs, die sich nach den Verträgen von 1815 dort niedergelassen haben und eine zahlreiche von Norden herkommene Kolonie gebildet haben: Bergarbeiter, Beamte als Grundbesitzer, sowie Kaufleute, die seit langem im Industriegebiet angesiedelt sind.

Der Bericht Variacs, aus dem wir natürlich nur einige politische besonders sehr bemerkenswerte Punkte entnehmen können, wendet sich zunächst der militärischen Lage des Saargebietes in langen Ausführungen zu, um dann die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes zu schildern. Endlich folgt eine ausführliche Darstellung der politischen Lage, in der unter anderem folgendes zum Ausdruck kommt:

„Die Beamten sind uns Franzosen im allgemeinen feindselig gesinnt, die Lehrer pflegen die deutsche Kultur und überliefern sie den Kindern, während die Geistlichen in einem vorwiegend katholischen Lande eine gewisse Zurückhaltung bewahren.“

„Eine verständige und gemäßigte Politik“ fährt Herr Variacs fort, „würde demgemäß die Aufgabe haben, allmählich alle Beamten, die deutsch gesinnt sind zu entfernen, die Schule zu gewinnen, sich mit der Geistlichkeit zu verbünden, bei welcher das Nationalgefühl von der Erwigung leicht überwogen wird, sich dem neuen Regime anzupassen, ferner wäre nötig eine geschickte Benutzung der Presse und eine syndikale Organisation der Arbeiterbevölkerung nach bestimmten Gesichtspunkten“. Das ist das, was Herr Variacs eine methodische und schlaue Politik nennt, die weder übereilt, noch allzulänglich arbeiten dürfte.

Von besonderem Interesse ist die Befürchtung Variacs hinsichtlich der Befragung der Bevölkerung nach ihren politischen Wünschen betreffs ihrer Staatszugehörigkeit.

Die regierende internationale Saarkommission unter dem

Vorsitz eines Franzosen hat am 24. März die Einsetzung eines Beirats beschlossen, dessen dreißig Mitglieder von der gesamten Bevölkerung nach allgemeinem direkten und geheimen Wahlrecht zu wählen sind.

Hier erblickt Herr Variacs einen schweren politischen Fehler. Denn wenn auch Beschlüsse des Beirats die über die Befugnisse der Bevölkerung nach dem Versailler Vertrag hinausgehen, natürlich nichtig seien, so sei damit doch die gefährliche Möglichkeit gegeben, daß die Saarbevölkerung zum Wort komme, um sich für oder gegen Frankreich zu entscheiden. Herr Variacs schreibt: „Wer könnte die Bevölkerung hindern, dieser Wahl das Aussehen eines Plebiszits zu geben und unter dem bescheidenen Vorzeichen eine Ratversammlung einzusetzen, die Bevölkerung nach ihrem politischen Wunsch fragen. Und wenn die deutsche Bevölkerung sich nicht hiermit bescheidet, sondern an die Spitze ihres Programms die Treue zum Reiche stellt, wie läßt sich da ihrer Festsetzung und ihrer lästigen Folgen entgegenarbeiten? Die Regierung hat unter diesen Umständen Maßnahmen zu ergreifen, welche die Folgen einer für Deutschland günstigen Entscheidung im Saargebiet zu verhindern geeignet sind“, schließt der Geheimbericht.

**„Noch nicht tot.“**

**Der Lebenskampf der deutschen Luftfahrt.**

W Allen harten Bestimmungen des Versailler Dokumentes auf dem Gebiete der Luftfahrt zum Trotz ist es der deutschen Technik gelungen den von den Franzosen aus offensichtlichem Konkurrenzneid mit allen Mitteln bekämpften deutschen Flugzeugbau auf eine ansehnliche Höhe zu bringen. Anlässlich des kürzlich erfolgten Eintreffens des deutschen Verkehrsflugzeuges „Komet“ auf dem Flugplatz in Crozon, des ersten Ganzmetall-Flugzeuges (185 PS.), 6 Passagiere, der den Kanal überflogen hat, äußerte sich die gewiß jedem Uberschwang abholde englische Presse in begeisterter Weise und fand Worte der Anerkennung für diese neue deutsche Leistung. So kennzeichnet nach „Sheffield Daily Telegraph“ die Ankunft unseres Flugzeuges eine „neue Ära auf dem Gebiete des Zivil-Flugzeuges“ und überschreibt einen ausführlichen Bericht über die nicht einmal bei günstigem Wetter zurückgelegte Fahrt mit den bezeichnenden Worten: „Noch nicht tot.“ — Daß in der Tat unser Flugbau und unsere Flugtechnik, — wie überhaupt unser deutscher Arbeitswille, „noch nicht tot“ sind, beweisen die für die allernächste Zukunft eingeleiteten großzügigen Luftverkehrspläne, von denen ein Teil bereits vor der unmittelbaren Verwirklichung steht. So wird am 1. Mai in Gegenwart der Behörden auf dem Tempelhofer Feld zu Berlin auf dem neuhergerichteten Abflugplatz der internationalen Luftverkehrslinien feierlich der regelmäßige Handelsflugverkehr Berlin-Königsberg-Petersburg und Berlin-Bremen-Amsterdam-London eröffnet werden. Während man in England den Ausbau des deutschen Luftverkehrs mit Interesse beobachtet, ja die Engländer sogar bereit sind, auf diesem länderverbindenden Gebiete mit uns zusammenzuarbeiten und vor allem ganz sachlich verlangen, daß die hemmenden Bestimmungen des Versailler Vertrages schleunigst revidiert werden, ist man in Frankreich bereits wieder am Werk, die wirtschafts- wie kulturfördernde Arbeit des deutschen Luftbaues zu stören und nach Möglichkeit zu unterbinden. Herr Poincaré fand unlängst den Augenblick für geeignet, sich durch eine Delegation unter Führung des Herausgebers des „Echo de Paris“, des berühmten Deutschenhassers Henri Simonds, den Wunsch soundsvieler „Milionen echter französischer Patrioten“ unerbreiten zu lassen, die „provokatorische“ Bestimmung des Londoner Ultimatus, nach dem Deutschland der Bau von Flugzeugen bis zum Mai 1922 unterjagt war, ohne Verzug wieder in Kraft zu setzen. Dieser Schachzug gegen die aufstrebende deutsche Luftfahrt ist völlig durchsichtig. Die Herren in Paris wissen, genau so gut wie wir, daß es sich hier keineswegs um den „unerlaubten Bau von militärischen Flugzeugen“ handelt, ebenso, daß alle unsere peinlich nach den Begriffsbestimmungen der Entente gebauten Apparate natürlich in keinem Falle zu „Kampfmaschinen“ umzubauen sind. Wir sehen hier vielmehr einen neuen unverhüllten Angriff gegen die deutsche Wirtschaft, der ein ausgebreiteter Luftverkehr zweifellos sehr nützlich werden dürfte, wie er auch unser Aussehen in der ganzen handelstreibenden Welt zu vermehren berufen sein würde. Nunmehr läßt sich der französische Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt Laurent-Eynac genauer Bericht über möglichst bald durchzuführen Maßnahmen ausarbeiten. Wir werden voraussichtlich also auch auf diesem Wirtschaftsgebiet einen harten Strauß um das nackte Leben mit französischer Kurzsichtigkeit und Neidhucht auszukämpfen haben. Die deutsche Luftfahrt aber wird dennoch sich weiterentwickeln und der Welt allen Gewalten zum Trotz beweisen, daß sie nicht tot ist, — wie es unsere Feinde so sehnlich wünschen.

**Feldübungen der Nationalsozialisten.**

München, 16. April. Gestern haben die Nationalsozialisten auf der Fröttmaninger Heide bei München eine Feldübung abgehalten, an der 6000 Menschen, auch einige Hundert von auswärts gekommene teilnahmen. In geschlossenem Zuge mit Musik und Fahnen kehrten die Leute dann in die Stadt zurück, wo die Führer in der Prinzregentenstraße die Parade abnahmen. Derartiges ist von allen Hauptstädten Deutschlands nur in München möglich. Vor den Augen der Öffentlichkeit sammelten sich jeden Sonntag die nationalsozialistischen Sturmtruppen, uniformiert, zum Teil auch mit Stahlhelmen und Waffen ausgerüstet, zu sogenannten Feldübungen, ziehen durch die Stadt und zeigen so ganz unüberhöhl, daß sie sich für den Tag der „Abrechnung“ bereithalten. Gäste aus den Kreisen monarchistisch Gesinnter nahmen daran teil. Von auswärts kommen Zuglieder gefahren. Die Scheinparole ist: „Ertüchtigung zum Kampf gegen den äußeren Feind (eine amtliche Erklärung am 27. März hat wohlwollend sogar von „sportlichen Übungen“ gesprochen). Die wahre Absicht ist Sammlung der gewalttätigen Elemente und Gewöhnung der großen Massen des Volkes an das Auftreten eines nichtlegitimierten Staates im Staate. Diesem Zweck dient auch das Zuschautragen der nationalsozialistischen Uniformen und das geschäftige Treiben ihrer Kurier und „Generalfahrer“ auf Rad und Automobilen im Leben der Straße, wodurch der Eindruck vermittelt werden soll, daß hier eine große, anerkannte Organisation mit Wissen und Willen der Behörden auf den nahen Umsturz vorbereitet. Dazu kommt in den Blättern und Plakaten und in den Versammlungen Hillers eine Sprache von so abgrundtiefer Demagogie, eine tägliche Aufregung zu unverhohlener Staatsfeindschaft, daß die Langmut der Behörden schon nicht mehr als großzügige Unparteilichkeit, sondern als Mißgunst wider willen bezeichnet werden muß, solange als die Regierung sich nicht endlich auf die Abwehrmittel, die ihr zur Verfügung stehen, besinnt und nach dem Vorgehen Preußens endlich einmal mit aller Energie gegen ihre eigenen Totengräber vorgeht.

**Baden.**

**Ordnung in den Zügen.**

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit: Das Verhalten mancher Reisenden in den Zügen gibt in der letzten Zeit wieder zu Klagen Anlaß. Vielfach werden aus Unvorsichtigkeit die Fensterheben in den Personenwagen beschädigt. Da bei den heutigen Verhältnissen die Fensterheben schwer zu beschaffen und außerdem teuer sind, entstehen der Reichsbahn dadurch nicht nur große Kosten, sondern auch Anstände aller Art. Ferner wird in auffälliger Weise häufig in den Personenwagen, besonders aber in den Arbeiterzügen aus Mitleid die Notbremse in Tätigkeit gesetzt; in der Mehrzahl der Fälle in Abteilen, die von jugendlichen Personen besetzt sind. Außer den erheblichen Verspätungen, die die Züge erleiden, und dem Mehrverbrauch an Betriebsstoffen ist mit dem Halten auf freier Strecke eine große Betriebsgefahr verbunden. Die Betriebssicherheit, die die Sicherheit der Reisenden erfordert, daß solch großem Unfug und den fahrlässigen und mutwilligen Sachbeschädigungen nachdrücklich entgegengetreten wird. Leider werden in den wenigsten Fällen die Täter ermittelt, weil die Mitreisenden den Bahnbeamten im Bestreben, die Täter festzustellen, nicht genügend unterflügen. An die einsichtigen Kreise des reisenden Publikums wird die dringende Bitte gerichtet, zur geordneten Abwicklung des Zugverkehrs und zur Verhütung von Unfällen, die Bahnbeamten bei Ausübung ihres verantwortungsvollen Berufes in jeder Weise zu unterstützen, und ihnen bei Feststellung der Täter behilflich zu sein, damit gegen diese mit einer entsprechenden Bahnpolizeistrafe eingeschritten werden kann, sie ferner auch für den der Eisenbahnverwaltung verursachten Schaden haftbar gemacht werden können. In schweren Fällen muß strafrechtliche Verfolgung wegen Transportgefährdung nach Paragraph 315 des Reichsstrafgesetzbuches verfügt werden.

**Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei.**

pe Karlsruhe, 16. März. Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden war am gestrigen Sonntag hier versammelt. Trotz der großen Verkehrsschwierigkeiten war die Sitzung aus allen Landesteilen, insbesondere auch aus Oberbaden sehr zahlreich besucht. Es waren fast sämtliche Ausschußmitglieder, darunter Unterstaatsminister Dr. Hellbach, die Landtagsabgeordneten mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Glockner, sowie die Vertreter der Parteipresse, insgesamt über 120 Personen anwesend. Der Parteivorsitzende, Abgeordneter Dr. Hummel dankte in feinen Begrüßungsworten für das rege politische Interesse, das sich aus dem starken Besuch der Tagung kundgab und gedachte sodann mit warmen Worten der Anerkennung und Dankbarkeit der tapferen Haltung der Bevölkerung in den alt- und neubesetzten Gebieten. Die Verhandlungen des Landesausschusses betrafen zunächst Organisationsfragen, über die Generalsekretär Dees berichtete. Sodann wandte sich der Ausschuß der Erörterung der politischen Lage zu. In deren Mittelpunkt stand ein umfassendes Referat des Parteivorsitzenden Dr. Hummel, das nach Würdigung aller in den großen Komplex der schwebenden Tagesfragen gehörenden Momente ausklang in die Forderung nach einer entschlossenen Fortsetzung des passiven Widerstandes in den Einbruchgebieten, bei gleichzeitiger größter Aktivität der Reichsregierung. Das feindselige Referat wurde mit einem starken Beifall aufgenommen und löste eine angeregte Aussprache aus, in der die von dem Parteivorsitzenden aufgestellten Richtlinien für die deutsche Außenpolitik durchweg gebilligt wurden. Als Gruß an die Bevölkerung der besetzten Gebiete wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Baden sendet den badischen und allen übrigen Volksgenossen im altbesetzten und im Einbruchgebiet, die den Kampf um deutsches Recht und deutsche Freiheit in vorderster Reihe führen, treuen Bruderlichen Gruß. Wir Badener denken mit schmerzlicher Teilnahme der vielen Opfer, die ihr Leben hingeben, ihre Heimat verlassen, ihre persönliche Freiheit einbüßen mußten, und versprechen, alle Kräfte in Gemeinschaft mit den anderen deutschen Stämmen einzusetzen für ein einiges und freies Deutschland.“ Mit Dankesworten an den Hauptreferenten und an die Diskussionsredner schloß der stellvertretende Parteivorsitzende, Stadtrat und Rechtsanwalt Wilhelm Frey nach fünfstündiger Dauer die überaus eindrucksvolle und von bester Stimmung getragene Tagung.

**Aus Nah und Fern.**

d Sinsheim, 16. April. (Strompreise.) Eine am 14. d. M. im Rathausaale in Sinsheim tagende Vertreterversammlung der vom Badenwerk mit elektrischer Energie versorgten Gemeinden des Bezirks Sinsheim befaßte sich mit den ungewohlenen Forderungen des Badenwerks für die letzten Monate. Die vorgebrachten Beschwerden führten zu einer einstimmig gefaßten Vorstellung an das Ministerium des Innern, folgenden Inhalts: Trotz der in der Presse bereits bekannt gegebenen beschwichtigenden Mitteilung können die heute in Sinsheim versammelten Gemeindevorsteher es nicht unterlassen, auch ihrerseits dem Ministerium des Innern nachstehendes dringendes Gesuch zu unterbreiten: Die Landbevölkerung, Industrie, Gewerbe und Handwerk des hiesigen Bezirkes sind zum großen Teil nicht mehr in der Lage, die derzeitigen Strompreise, welche vom Badenwerk verrechnet werden, zu bezahlen. Das Ministerium des Innern wird daher ebenso ergebens wie dringend ersucht, entsprechende Schritte zu veranlassen, daß: 1. die Strompreise auf eine erträgliche Höhe gebracht werden und nicht mehr solch ungeheure Unterschiede gegenüber den Preisen der kleineren Elektrizitätswerke aufweisen, wie seit Januar ds. Js., 2. die Strompreise in glatten Kilowattstundenpreisen berechnet und jeweils am Anfang des Monats bekanntgegeben werden. Die komplizierte Berechnung mit Grundpreisen, Kohlen-, Lohn- usw. Zuschlägen, Zählergebühren etc. fallen gelassen werden, 3. Handwerk und Industrie unseres Bezirkes derartige Strompreise erhalten, daß sie lebensfähig bleiben, 4. eine geeignete Vertretung der Interessen der Stromabnehmer durch den Landesverband Baden-Rheinpfalz der Elektrizitätsabnehmer e. V., Karlsruhe, sowohl im Landeselektrizitätsrat, im Landtag, den Kreisaußenstellen und sonstigen maßgebenden Stellen auch beim Badenwerk geschaffen wird, 5. den bedürftigen Stromabnehmern, die nachweisbar zur Zeit nicht in der Lage sind, die Rechnungsbeträge zu bezahlen, diese gestundet werden, 6. eine Revision und mögliche Verringerung der Strompreise für Januar, Februar und März d. J. vorgenommen wird. Der anwesende Geschäftsführer des Landesverbandes der Elektrizitätsabnehmer, Herr Oberingenieur Böhm aus Karlsruhe gab Ausschluß über Zweck und Ziel des Verbandes, worauf die Gemeindevorsteher beschlossen, ihren Gemeinden den Beitritt zu diesem Verband zu empfehlen.

p Waiblingen, 17. April. (Gefangensfest.) Am Juni d. J. begeht der hiesige Fällengefangenenverein das Fest seines 30jährigen Bestehens. Damit verbunden wird das Gefangensfest der katholischen Kirchengemeinde des Kapitels Waiblingen, 9 Vereine.

p Heidelberg, 17. April. (Bermittlung) wird die Ehefrau Kaiser hier, die am 29. März von Gochsheim, wo sie auf Besuch weilte, wegging, ohne bis jetzt hier oder wieder in Gochsheim eingetroffen zu sein. Frau Kaiser, die in letzter Zeit Selbstmordgedanken äußerte, ist 35 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, hat schwarze Haare und ist auf dem rechten Arm tätowiert. Sie trug schwarzes Kleid, schwarze Schnürschuhe und gelben Mantel.

t Heidelberg, 16. April. (Geistesgestörter Verbrecher.) Heute früh 5 Uhr hat der Polizeiwachmeister Gartner in der Anlage



eine ihm verdächtig vorkommende Person anhalten und kontrollieren wollen. In diesem Augenblick griff der Fremde blitzschnell zu einer Schusswaffe und feuerte im Handgemenge auf den Beamten 6 scharfe Schüsse ab, die glücklicherweise sämtlich fehl gingen. Mit Hilfe eines herbeieilenden zweiten Polizeibeamten wurde der Verbrecher, der bei dem Kampf mehrere Säbelschläge über den Kopf erhielt, dingfest gemacht und zur Wache gebracht. Hier entpuppte sich der Scharfschütze als der 34 Jahre alte Schlosser Schmithus, der in Verbrecherkreisen unter dem Namen „Schrecken der Nacht“ bekannt ist. Nach seinen eigenen Angaben ist er vor einigen Monaten aus einem Irrenhaus in Berlin entflohen und will seitdem insgesamt etwa 500 Einbrüche in verschiedenen Städten Deutschlands ausgeführt haben. Die Feststellung ergab, daß Schmithus in der vergangenen Nacht in dem Friseurgeschäft von Bülow, Heidelberg eingebrochen ist und dort für etwa fünf Millionen Mark Toilettenartikel und Parfümerien mitgenommen hat, die er im Stadtpark versteckte. Dort wurde das Diebstahlsgut vorgefunden und dem Eigentümer wieder ausgehändigt. Ein zweiter Verbrecher, der mit ihm Hand in Hand arbeitete, der angebliche Schlosser Karl Becker, der in Verbrecherkreisen unter dem Namen „Fürst der blauen Berge“ bekannt sein soll, ist nach dem Gaisbergwald zu entkommen.

Heidelberg, 16. April. (Ein tödlicher Unglücksfall.) Gestern Nachmittag um 3 Uhr ist vor dem Hause Schlierbacher Landstraße 142 der auf dem Motorrad fahrende Kaufmann Paul Walter aus Oppau an einem vorüberfahrenden Kraftwagen hängen geblieben und gestürzt. Der Sturz war so schwer, daß Walter einen Schädelbruch erlitt und auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Nach der Angabe von Augenzeugen kann die Schuld an dem Vorkommnis nur den Verunglückten selber treffen. Walter war unverheiratet.

Ostersheim, 17. April. (Hochwasser.) Durch den starken Regen, der am Samstag nachmittag einsetzte und die ganze Nacht sowie auch gestern anhielt, ist das Wasser in der Leimbach derart gestiegen, daß es gestern nacht aus den Ufern getreten ist. Die Friedrichstraße, Söfienstraße, Heidelberger- und Gartenstraße sind durch das Hochwasser große Strecken weit überschwemmt. Das Wasser ist zum Teil, wo es nicht sofort abgedämmt wurde, in die Keller gelaufen, wo es erheblichen Schaden angerichtet hat. Denjenigen Leuten, welche direkt an der Leimbach wohnen, ist es zum Teil nicht möglich, aus ihren Häusern zu kommen, da das Wasser an den Häusern über einen halben Meter hoch steht.

Schwellingen, 16. April. (Französische Hasenjagden.) Dieser Tage veranstalteten wieder drei bis vier französische Soldaten in dem Gelände südlich Rheinaus eine „Privatjagd“ auf Hasen, wobei eine ganze Anzahl von Schüssen aus Militärgewehren abgegeben wurden. Abgesehen davon, daß es sich hier um einen ganz kraffen Akt der Wilddieberei handelt, wird durch dieses wilde Jagden auch die auf freiem Felde arbeitende deutsche Bevölkerung großer Gefahr ausgesetzt, umso mehr als die wilden Schützen jede selbstverständliche Vorsicht außer Acht lassen.

Mannheim, 16. April. (Postdieb.) Die Polizei hat einen Posthilfschaffner verhaftet, der seit mehreren Monaten Briefe aus Amerika ihres Inhalts beraubt hatte.

Mannheim, 17. April. (Unglück.) Dieser Tage verunglückte die 20 Jahre alte Rosa Wilhelm aus Graben infolge einer verhängnisvollen Fahrlässigkeit, die tödlich verlief. Sie befand sich wegen eines Blasenleidens im hiesigen Krankenhaus, wo ihr Stigbänder verordnet wurden. Die damit betraute Krankenschwester öffnete die Wasserhähnen, entfernte sich dann kurze Zeit und vergaß, rechtzeitig nachzusehen. Die Patientin hätte, als der Zustrom des heißen Wassers bedrohlich wurde, sich bemerkbar machen können, glaubte aber, daß es so sein müsse und erlitt derartige Verbrühungen, daß sie nach zwei Tagen verstarb. Die Krankenschwesterin wurde sofort vom Dienst entfernt und die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. Am Mittwoch waren in der alten Benkiserischen Fabrik in Ludwigshafen mehrere Arbeiter damit beschäftigt, einen Heizkörper von 25 Zentner von einem Fuhrwerk abzuladen. Der Heizkörper rollte so unglücklich zur Seite, daß der 17 Jahre alte Tagelöhner Adolf Fritz aus Lautenbach bei Weilheim darunter zu liegen kam und auf der Stelle totgedrückt wurde.

Leutershausen, 14. April. (Das Gänsehen mit den vier Füßchen.) Dem Landwirt M. Rudolf wurde ein Gänsehen ausgebrütet, das mit vier Füßchen auf die Welt kam. Diese Seltenheit findet allgemeine Verwunderung.

Karlsruhe, 17. April. (Wegen Totschlags) stand der 24jährige verheiratete Schlosser Friedrich Erb aus Grödingen vor den Geschworenen. Er hatte in der Nacht auf den 15. Januar 1923 den Ingenieur Müller bei der Wirtschaft zum Kaiserhof durch einen Stich in den Kopf getötet. Müller hatte ihn aber zuvor mit anderen

Spielgefährten aus der Wirtschaft hinausgeworfen und auf der Straße verprügelt. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, worauf das Gericht den Angeklagten freisprach.

Karlsruhe, 17. April. (Bad Tabakpflanzerverband.) Nach vorausgegangener Landesversammlung zahlreicher Vertreter aus den tabakbauenden Gemeinden Badens wurde vorgestern in Karlsruhe der Badische Tabakpflanzerverband gegründet. Reichs- und Landtagsabgeordneter Fischer wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Verbandsdirektor Füller.

Kenchen, 16. April. (Französische Dieberei.) Dem Adlerwirt Frisch, dem die Franzosen sein Auto beschlagnahmten, haben sie auch seine Barschaft von sechs Millionen abgenommen.

Wolfsach, 18. April. (Diebstahl.) In Rinbach wurde im Stalle eines Bauernhofs von unbefugten Händen ein Schwein geschlachtet und gestohlen, ohne daß die Bewohner darauf aufmerksam wurden. In der folgenden Nacht schlachteten Gauner in einem anderen Hof ein Schaf und nahmen das Fleisch mit.

Wohlen, 14. April. (Zugsentgleisung.) Bei Einfahrt des Personenzugs 1652 in den Bahnhof der Rheintalbahn entgleiste gestern der unbefestigte dritte Personenzug auf der Eingangsweiche. Reisende sind nicht verletzt. Ein Gleis konnte um Mitternacht freigemacht werden, das zweite war Samstagvormittag wieder befahrbar.

Säckingen, 17. April. (Rohe Tat.) Während in Brennet bei Säckingen im Garten der Buntweberei kürzlich eine Anzahl junger Bäumchen abgeschritten wurde, wurde in einer der letzten Nächte in Hofel der Fischbestand im Hofelbach vergiftet. Die Fischbrut ist auf Jahre hinaus vernichtet. Der Fischereipächter erleidet dadurch einen gemaltigen Schaden.

Mimmenhausen, 18. April. (Ueberrfahren.) Der 51 Jahre alte Schmied H. K. wurde auf dem Wege nach Stephansfeld von einem daherrafenden Auto überfahren. Wenige Stunden darnach erlag der Verunglückte seinen Verletzungen.

Heilbronn, 17. April. (Bahnhofsbau.) Der Heilbronner Bahnhof wird umgebaut. Es werden räumlich getrennte Ein- und Ausgänge, sowie weitere Schalter hergestellt, um die unhaltbaren Zustände abzustellen.

M. u., 18. April. (Der Dieb in der Donau.) Auf der Flucht sprang ein Fahrraddieb mit seinem gestohlenen Rad in die Donau. Er konnte aber samt Rad herausgezogen und der Polizei übergeben werden.

Münzingen, 16. April. (Familientragödie.) Im Hause des früheren Schützenwirts Freitag hat sich am Samstag eine Familientragödie abgespielt. Freitag lebte mit seinem 36jährigen Sohne Paul seit längerer Zeit im Unfrieden. Der Sohn drang abends in die Wohnung des Vaters ein und verfolgte diesen trotz Widerstandes, an dem sich auch die Tochter beteiligte, ins Schlafzimmer. Dort gab er auf den 72jährigen Vater mehrere Revolver-schüsse ab, die in die Herzgegend trafen und den sofortigen Tod zur Folge hatten. Dann ging er auf die Bühne und brachte sich selbst zwei Schüsse bei. Einer davon ging in die Schläfe und hatte seinen Tod zur Folge. Der Vatermörder hielt sich viel in Wirtschaften auf. Drohungen hatte er schon öfters ausgesprochen, so daß sich der Landjäger erst vor kurzem genötigt sah, ihm einen Revolver abzunehmen.

Groß-Veran, 17. April. (Ein Liebesmord.) Dem „Mainzer Anzeiger“ zufolge stieg ein junges Mädchen durch ein Fenster in das Zimmer ihres ebenfalls jungen Liebhabers und tötete ihn nach kurzem Wortwechsel durch eine Revolverkugel.

Mainz, 17. April. (Das Geld im Strumpf.) Ein Ehepaar von auswärts kam nach Mainz um Einkäufe zu machen. Die Frau wollte doppelt vorsichtig sein und versteckte den Geldvorrat im Strumpf. Unterm Weg löste sich aber das Strumpfbündel und der Strumpf rutschte herab. Die Frau wurde auf dies Mißgeschick erst aufmerksam, als ein Kind einen Papierschrein in ihrer unmittelbaren Nähe auf der Straße fand. Als die Frau jetzt nachsah, war es schon zu spät; der im Strumpf verborgene Schatz war verschwunden.

### Wirtschaftliche Rundschau des „Landboten“.

(Wachstum verboten.) Allgemeine Lage. Die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft hat sich in der abgelaufenen Berichtszeit wenig verändert. Auf der einen Seite sehen wir zunehmenden Produktionsrückgang mit Arbeitskürzung und Arbeiterentlassungen, auf der

anderen Seite Notverkäufe, Rückgängigmachung von Aufträgen und Zahlungsschwierigkeiten. Trotzdem besteht sichere Aussicht, daß die deutsche Wirtschaft den Abwehrkampf gegen ihre Feinde besteht.

Geldmarkt. Es macht sich wieder eine ziemlich lebhaftere Geldbegehr bemerkbar und zwar von den verschiedensten Seiten aus, in erster Linie zur Beschaffung von Devisen.

Börse. Die Börse steht wieder vollkommen unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Nachrichten. Die Stimmung ist unsicher und schwankend.

Handel und Industrie. Die geschäftlichen Unternehmungen beschränken sich gegenwärtig auf ein Mindestmaß. Die Nachfrage im In- und Ausland ist ganz gering. — Nach der neuesten Statistik ist unsere Einfuhr auf 60 Prozent des Friedensstandes gesunken, die Ausfuhr aber auf 40 Prozent. — Der Großhandel leidet neuerdings wieder sehr stark unter den ungünstigen Kreditverhältnissen. — Die Franzosen unterbinden durch neue Kontrollvorschriften die deutsche Rheinschifffahrt, so daß die Erzeinfuhr eingestellt werden mußte.

Kohlen. Die Wochenberichte über die Kohlenversorgung lauten befriedigend.

Warenmarkt. Die Warenkäufer blieben weiter reserviert. Das Publikum ging nur dort aus seiner Zurückhaltung heraus, wo wirklich größere Preisermäßigungen einen befürderten Kaufanreiz boten, oder wo mindestens der Bedarf unmittelbar zum Einkauf drängte. — Der Stahlbund hat eine Ermäßigung der Richtpreise eingetreten lassen. — Auf der Mitteldeutschen Häuteauktion in Leipzig wurden im Durchschnitt etwa die gleichen Preise erzielt wie auf der letzten thüringischen Versteigerung. In Frankfurt waren die Erlöse für Kuhhäute etwa 10 Proz. für Rinderhäute etwa 8 Proz. höher als bei der Vormonats-Versteigerung. — Verschiedene Parlamentarier haben Eingaben wegen Ermäßigung der Tabaksteuer eingereicht.

Ausstellungen und Messen. Die für die Zeit vom 6.—12. Mai angelegte Kölner Messe wird erst vom 9.—15. September stattfinden.

Landwirtschaft. Die Felderbestellung ist infolge des günstigen Wetters in vielen Landesteilen beendet. Die Winterfrüchte, die teilweise sehr dürrig standen, haben sich besser entwickelt.

Produktenmarkt. Im Produktengeschäft ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Teilweise ist das Angebot vom Inlande wieder etwas größer geworden.

Viehmarkt. Die Zufuhren zu den Schlachtohmärkten haben etwas zugenommen. Wenn wir den Durchschnitt der Preise der Hauptmärkte nehmen, so haben die Preise für Großvieh leicht nachgegeben, während jene für Kleinvieh im allgemeinen bei leichten Schwankungen unverändert blieben.

Holzmarkt. Die Zurückhaltung in der Eindeckung mit Rohholz hält an. Wegen wesentlicher Unterangebote wurde öfter der Zuschlag nicht erteilt. Am Schnitwarenmarkt wächst das Angebot. Durch die Kaufunlust verschärft sich der Druck auf den Markt und die Preise.

Verkehr. Vom 1. Mai ab wird ein regelmäßiger Luftdienst Berlin—Königsberg—Petersburg und ein zweiter Berlin—Bremen—Amsterdam—London eröffnet.

Arbeitsmarkt. Die Lage hat sich im allgemeinen wenig verändert. Da die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine günstige Entwicklung in Industrie, Handel und Gewerbe hemmen, ist die Nachfrage nach Arbeitskräften sehr gering, während Kurzarbeit und Entlassungen sich mehren. Soweit möglich werden Notstandsarbeiten vorgenommen. In der Landwirtschaft haben sich Angebot und Nachfrage ausgeglichen.

Ausland. Wirtschaftskrise und Rückgang des Frankenkurses haben in der Schweiz eine starke Verteuerung aller Artikel bewirkt. — Die Schweizer Mustermesse in Basel dauert vom 14. bis 24. April. — In Frankreich nimmt die Teuerung im rascheren Tempo zu. Die Zahl der gedämpften Hochöfen beträgt 80—90 Proz. — Die wirtschaftlichen Folgen des Ruhrbruchs haben in Amerika eine Hochkonjunktur, vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie ausgelöst, die sich in steigenden Preisen und Löhnen zeigt. Die Eisen- und Stahlwerke arbeiten mit voller Ausnützung ihrer Leistungsfähigkeit. — Die Weltausstellung in Rio de Janeiro ist bis 2. Juli verlängert worden.

### Brennholz-Kreissägen empfiehlt preiswert Maschinbauanstalt J. Dieffenbacher Söhne, Eppingen.

Lager sämtlicher landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Fernsprecher Nr. 29 und 30.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

Genossenschaftsregister eintrag zu D. 3. 2 (Molkereigenossenschaft e. G. m. u. H. in Liquidation in Hilsbach): Die Vertretungsbefugnis der Liquidatoren ist beendet. Die Firma ist erloschen. Sinsheim, den 12. April 1923. **Vad. Amtsgericht.**

Steuererklärung. Als Zeitraum für die Abgabe der Einkommensteuererklärungen für das Kalenderjahr 1922 und der Steuererklärungen für die erste Vermögenssteueranmeldung und für die Veranlagung zur Zwangsanleihe wird die Zeit bis zum 30. April 1923 festgesetzt.

Im übrigen wird auf die frühere Bekanntmachung verwiesen. Zur Einreichung von Einkommensteuer- und Vermögenssteuererklärungen sind jedoch nur solche Steuerpflichtigen verpflichtet, die am 31. Dezember 1922 für das Kalenderjahr 1922 ein Einkommen von mehr als 400 000 Mk. bezw. ein Vermögen von mehr als 400 000 Mk. besessen haben.

Die Vorarbeiten zu den Steuererklärungen nebst Merkblättern und sonstigen Anlagen werden dem Pflichtigen in den nächsten Tagen zugehen. — Wer bis zum 22. April sie noch nicht erhalten hat, und zur Einreichung einer Steuererklärung verpflichtet ist muß die Vordrucke beim Finanzamt oder bei der Steuereinnahmerei abholen.

Für die Einreichung der Gewerbesteuererklärungen wird eine besondere Frist festgesetzt, die noch bekannt gegeben wird. Sinsheim, den 16. April 1923. **Finanzamt.**

### Stammholz-Versteigerung.

Freitag, den 20. April vormittags 10 Uhr beginnend werden im hiesigen Gemeindefeld

6	Eichen I. Klasse
20	II. "
13	III. "
17	IV. "
14	V. "

öffentlich versteigert.

Zusammenkunft beim Rathaus. Reichen, den 16. April 1923. **Der Gemeinderat.**

Nur der Selbst-Verbraucher ist in der Lage die höchsten Preise für Gold-Silber-Platin-Brillanten, Brennstifte, Gebisse, Kontakte in jeder Form zu bezahlen. **Juwelier Schick, Sinsheim.**

Spurelos verschwunden sind alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Bläschen, Mitesser usw. durch täglichen Gebrauch der echten **Steckenpferd-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. Zu hab. i. d. Apoth., Drog. u. Parfüm. **Apoth. Dr. C. Kieffer, Engel-Drog. A. Engel, Wilh. Geiß, Seifensieder.**

Frachtbriefe empfiehlt die **G. Becker'sche Buchdruckerei.**

Würmer sind's in den meisten Fällen, wenn Tiere schlecht aussehen und abmagern. Galkola-Wurmkuren für Pferde, Rinder, Schweine und Hunde vernichten dieselben. Zu hab. b. A. Engel, Engel-Drogerie.

**BREMEN**  
  
**AMERIKA**  
**OSTASIEN**  
**AUSTRALIEN**  
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen.  
Reisegepäck-Versicherung  
Nähere Auskunft durch **NORDDEUTSCHER LLOYD** BREMEN und seine Vertretungen  
Sinsheim: Gg. Eiermann Wtw. in Neckarbischofsheim; Max Jeselsohn, Hauptstr. 4.

Zum sofortigen Eintritt ein jüngeres, braves **Mädchen** in größeren Haushalt gesucht. (Ein Mädchen vorhanden.) **Georg Friedr. Leitz, Neckargemünd.**

**Mädchen** das gut bürgerlich kochen kann, bei hohem Lohn per sofort oder später gesucht. Zimmermädchen vorhanden. **Stum, Mannheim L. 10, 10.**

Großes Lager in **Emaill-Herde** **Emaill-Waren** **Eisen-Waren** zu billigsten Preisen. **Hch. Bender, Michelfeld Wilhelmstr. 1.**

**Schönheit** verleiht ein rosiges, jugendliches Antlitz und ein reiner zarter Teint. Alles dies erzeugt die echte **Steckenpferd-Seife** die beste Lilienmilchseife. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiß und sammetweich. Zu haben in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien. **Apoth. Dr. C. Kieffer, Engel-Drog. A. Engel, Wilh. Geiß, Seifensieder.**

Echt **virginischer Pferdezaun** billigst zu haben bei **Jakob Ledermann, Sinsheim** Telefon 60.

1 Wagon **Pfähle und Bohnensteden** eingetroffen. **M. & A. Eichersheimer, Steinsfurt.**

vernichtet verblüffend **Jolignist** doppelstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien

Niederl.: Dr. A. Kieffer, Apotheke. **Rechnungsformulare** empfiehlt **G. Becker'sche Buchdruckerei.**

**Herrliche Locken** erzeugt Lockenwasser „ISMA“. Eine Überraschung f. j. Dame. Zu hab. bei: **A. Engel, Engel-Drog.**